

ANDREAS MALYCHA, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2000. – 541 S.

DETLEV BRUNNER, *Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre* (Veröffentlichungen des Institutes für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd. 12), Klartext Verlag, Essen 2000. – 476 S.

RALF THOMAS BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 36), Droste Verlag, Düsseldorf 2001. – 590 S.

Nach Öffnung der Archive im Osten Deutschlands und der früheren Sowjetunion nach 1989/90 erhielt die zeitgeschichtliche Forschung neue Impulse. In den Mittelpunkt des Interesses rückte schnell die Etablierungsphase des zweiten deutschen Staates, da sich die Forschung hieraus einen deutlichen Erkenntnisfortschritt hinsichtlich der Motive der sowjetischen Deutschlandpolitik und der konkreten Prozesse auf dem Weg in die zweite Diktatur auf deutschem Boden versprach. Mit dem Abstand von mittlerweile 15 Jahren läßt sich eine überwiegend positive Bilanz der Forschung ziehen. Die angehäuften Literatur über die Zeit der SBZ und frühen DDR ist kaum noch zu überblicken: Gesamtdarstellungen, Einzelstudien und regionale Werke haben zentrale Institutionen des ehemals sowjetisch beherrschten Gebietes ebenso in den Blick genommen wie Parteien und Massenorganisationen oder auch länderspezifische Prozesse. Dieser Erkenntnisgewinn hat seit Ende der 90er Jahre gerade in Sachsen zur Etablierung einer vergleichenden Diktaturforschung geführt, die regionale und institutionenspezifische Momente einschließt. Was die Interpretation der sowjetischen Deutschlandpolitik und des damit in Verbindung stehenden ‚Kalten Krieges‘ betrifft, so wurden trotz einzelner Nachhutgefechte um optionale oder monokausale Moskauer Strategien die auf bloße ‚Fehlperzeptionen‘ der Siegermächte basierenden Sichtweisen der 70er und 80er Jahre entscheidend zurückgedrängt. Aufgrund der heutigen Quellenkenntnis lassen sich konkrete Aussagen über die Besatzungspolitik der Sowjetunion und der übergangslosen Herrschaftsetablierung ihres wichtigsten deutschen Instrumentes, der KPD/SED, treffen. Danach ist von einer „Diktaturdurchsetzung“ (Rainer Behring/Mike Schmeitzner) auszugehen, auch wenn die Phase zwischen 1945 und 1948 noch nicht den Aufbau eines ‚Sowjetdeutschland‘ implizierte, sondern den einer ‚simulierten Demokratie‘.

Alle drei hier vorzustellenden Studien untermauern weitgehend diese Interpretation, wobei sie sich aus gutem Grund vor allem auf die sächsische Entwicklung stützen. Als bevölkerungs- und industriereichstes Land der SBZ nahm Sachsen in der Tat auch einen besonderen Stellenwert in den sowjetischen und kommunistischen Planungen ein. Es diente als Schrittmacher für die Weichenstellungen in der gesamten sowjetisch besetzten Zone, und zwar auf allen gesellschaftlichen Gebieten. Für den Bereich der Ökonomie hat dies jüngst erst Winfrid Halder treffend nachgewiesen, als er in einer umfangreichen Monographie darlegte, wie unter der Ägide des sächsischen Wirtschaftsministers und Kommunisten Fritz Selbmann die frühe planwirtschaftliche Politik im ‚Musterland‘ sogar als ‚Modell für Deutschland‘ vorgesehen war. Ähnliches gilt es für den sächsischen Bereich des Innern zu konstatieren, wo der Moskauer Kader der KPD, Kurt Fischer, sehr früh den Aufbau eines neuen, von der KPD/SED kontrollierten Polizeistaates in Angriff nahm. Der Aufstieg beider sächsischer Minister auf die Ebene der SBZ im Jahre 1948 zeigt denn auch in aller Deutlichkeit, welche ‚erfolgreiche‘ Politik SED und SMAD hier fortsetzen wollten.

Es ist somit kein Zufall, daß alle drei Vf. der sächsischen Entwicklung erhebliche Bedeutung zugemessen und – in zumindest überwiegender Weise – auch sächsische Archive einbezogen haben. Andreas Malycha nutzte neben den Beständen des früheren Zentralen Parteiarchivs der SED (heute SAPMO-Bundesarchiv Berlin) und des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn-Bad Godesberg vor allem die Landesarchive der früheren DDR, und hier vornehmlich die sächsischen. Baus' Arbeit wiederum fußt auf nahezu allen erreichbaren deutschen Archiven, angefangen von den für diese Studie unerläßlichen Beständen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in Sankt Augustin (neben Sachakten verwendete er zahlreiche Nachlässe), über verschiedene Landesarchive (im Falle Sachsens selbst des Stadtarchivs Dresdens!) bis hin zu den Bundesarchiven in Koblenz und Berlin. Brunner zog für seine Studie Bestände des AdsD heran, nutzte zudem Unterlagen der BStU und seiner Außenstellen, des SAPMO-Bundesarchivs Berlin, des Landesarchivs Berlin und des ebenfalls dort angesiedelten Franz-Neumann-Archivs; die von Malycha und Baus ausgewerteten Landesarchive sah Brunner allerdings nicht ein, obwohl gerade dort bedeutende Bestände der FDGB-Landesorganisationen zu finden sind. Er verließ sich hier auf Dubletten und Landesberichte nach Berlin.

Wurden also deutsche Archive mit teilweise großer Gründlichkeit ausgewertet, trifft das auf die Archive der russischen Föderation in Moskau, vor allem des russischen Staatsarchivs (GARF) mit seinen umfangreichen Beständen zur Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), keinesfalls zu. Gewiß ist in diesem Fall zu konstatieren, daß Archivrecherchen in Moskau immer noch mit einem erheblichen Zeit- und Materialaufwand verbunden sind, doch können dort lagernde Bestände über die Kontrolle und Anleitung des gesamten deutschen öffentlichen Lebens nicht einfach außer Acht gelassen werden. Das zeigen jedenfalls die bereits veröffentlichten Studien Jan Foitziks, Jochen Laufers, Gerhard Wettigs oder Stefan Donths in eindrucklicher Weise. Gerade für die Zeit der Etablierung einer neuen deutschen Teilgesellschaft in der SBZ scheint es geboten, nicht nur die kontrollierten ‚Objekte‘ sowjetischer Besatzungspolitik genauer zu betrachten, sondern ebenso den betreffenden sowjetischen ‚Akteur‘. Und dazu bedarf es nun einmal in erster Linie der russischen Aktenprovenienzen in Moskau.

Ungeachtet solcher Einschränkungen können alle drei Vf. als ausgewiesene Kenner der von ihnen beschriebenen Materie gelten: Ralf Thomas Baus ist schon Mitte der 90er Jahre mit kleineren Studien zur Gründungsgeschichte der sächsischen CDU nach 1945 hervorgetreten, ebenso Detlef Brunner mit schmaleren Studien und Editionen zur Gründungsgeschichte des FDGB und seiner Unterordnung unter die bolschewisierte SED. In besonderem Maße trifft diese Einschätzung aber auf Andreas Malycha zu, der sich mit der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung unter sowjetischer Besatzungsherrschaft schon seit Ende der 80er Jahre beschäftigt hat. Bereits seine frühen Arbeiten und Editionen zum Thema zeugen von enormer Akribie und Sorgfalt, wobei er allerdings in der Deutung der Prozesse erhebliche Wandlungen erkennen ließ. Räumte Malycha kurz nach der friedlichen Revolution noch althergebrachten Topoi wie dem ‚Einheitsdrang‘ von Kommunisten und Sozialdemokraten oder vermeintlich unumstößlichen Zäsuren wie der von 1948 erhebliche Bedeutung ein, änderte sich seine Sichtweise mit weiteren umfassenden Quellenstudien in Ost und West und seiner aktiven Teilnahme an historisch-politischen Diskursen. Inzwischen ist Malycha, vor allem auch aufgrund seines hier vorzustellenden Werkes, ein gutes Beispiel dafür, welche Potentiale jüngere ostdeutsche Historiker bei entsprechenden Einsichten und entsprechender Förderung zu entfalten in der Lage sind.

Malychas große Studie über die Geschichte der SED bis 1953 ist zuallererst eine Organisationsgeschichte, die auf den bisherigen Arbeiten des Vf.s fußt. Zwar wäre es

schön gewesen nachzuweisen, wie die unter sowjetischer Anleitung stehende KPD/SED etappenweise die Gesellschaft transformierte. Doch hat der Vf. in dieser Frage der ‚Binnengeschichte‘ den ausschließlichen Vorzug vor einer ‚Außengeschichte‘ gegeben. Das dies so ist, hat natürlich auch etwas mit der bereits genannten Beschränkung auf parteiinternes Quellenmaterial zu tun. Bevor Malycha in acht übergreifenden Kapiteln die Entwicklung der Partei von der Gründung von KPD und SPD im Sommer 1945 bis zu den Nachwirkungen des 17. Juni 1953 chronologisch nachvollzieht, widmet er sich auf fast genau 30 Seiten dem Forschungsstand, bestimmten Kontroversen und einigen ‚offenen Fragen‘. Dieser ‚Vorspann‘ erweist sich insofern von erheblichem Nutzen, als er hier seine souveräne Kenntnis des veröffentlichten Schrifttums dazu verwendet, einem interessierten Publikum selbst abgelegenere oder kleinere regionale Studien zu erschließen.

Inhaltlich setzt Malycha zwar mit der Bildung beider Arbeiterparteien im Sommer 1945 ein, doch beschreibt er die Zeit bis zur Vereinigung im April 1946 in eher verknappter Form. Dieses Vorgehen erscheint angesichts der bisher dazu vorgelegten Arbeiten des Vf.s als gerechtfertigt; ohnehin gelingt es ihm auch mit einer pointierten Darstellung der Grundzüge dieser Entwicklung, die wesentlichen Motive für die jetzt von der KPD betriebene Vereinigungskampagne herauszuarbeiten. Malycha macht deutlich, daß für Stalin und die Führung der KPD ab Herbst 1945 nur eine Einschmelzung der SPD in Frage kommen konnte, um so das in Moskau erdachte Konzept von einer großen kommunistischen Volkspartei mit fester Verankerung in der Gesellschaft doch noch zu verwirklichen. In der Frage der Mitgliederentwicklung sah sich die KPD zu diesem Zeitpunkt von ihrer schärfsten (aber anfangs unterschätzten) sozialdemokratischen Konkurrentin überflügelt, in der Gunst der Bevölkerung abgehängt und – eingedenk der katastrophalen Wahlniederlage der KPÖ – vor ein drohendes Debakel bei deutschen Wahlen gestellt. In dieser Situation mobilisierte die KPD mit direkter Unterstützung Stalins und der SMAD alle verfügbaren Ressourcen, um durch vielfältige Einflußnahmen auf die Gliederungen der SPD deren Ausschaltung aus dem politischen Leben durch eine Einschmelzung zu erreichen. Für diese Interpretation bringt Malycha zahlreiche Belege, wobei der Leipziger SPD – der ‚Wiege der deutschen Sozialdemokratie‘ – eine herausragende Rolle zukommt: Sie verkörperte sowohl in der Vereinigungsphase Anfang 1946 als auch in der Stalinisierungsphase 1947/48 den Hort des Widerstandes – und zwar weit über Sachsen hinaus. Zudem kann der Vf. gut belegen, daß von Seiten der Führung der KPD an eine Vereinigung beider Parteien als ein beidseitiger ‚Kompromiss‘ von Anfang an nicht gedacht war. Papierene ‚Zugeständnisse‘ in der Frage der Parität der Leitungsbesetzungen oder der Programmatik (‚konsequenter Marxismus‘) sollten sozialdemokratische Funktionäre zeitweilig beruhigen. Wie sich die KPD die innerparteiliche Eroberung der SPD vorstellte, zeigt Malycha anhand der internen Rede des sächsischen KPD-Vorsitzenden Hermann Matern vor den Sekretären seiner Partei Anfang 1946.

Nach Materns Vorstellungen (und auch anderer KPD-Führer) sollte die Liquidierung des „reformistischen, opportunistischen“ Einflusses (S. 96) schrittweise innerhalb der neuen Partei erfolgen, so daß nach einer überschaubaren Zeit eine vergrößerte kommunistische Kader- und Massenpartei entstehen würde – freilich unter anderem Namen. Die einzelnen Schritte auf dem Weg dahin beschreibt Malycha eindrucksvoll und akribisch: den schleichenden Prozeß der Einebnung aller überhaupt vorhandenen innerparteilichen Diskursmöglichkeiten und Meinungsfreiheiten, die Liquidierung des sozialdemokratischen Organisationsprinzips (d. h. die Bezirksstrukturen) schon Ende 1946 als Vorstufe zur späteren Durchsetzung des Prinzips des ‚demokratischen Zentralismus‘, der umfassende Austausch von ehemals sozialdemokratischen Funktionären im Zuge der ersten innerparteilichen Wahlen im Sommer 1947 und nicht

zuletzt die Säuberung auch von herausragenden früheren SPD-Funktionären durch Parteiinstanzen, neue ostdeutsche Geheimpolizei und NKVD ab Sommer 1948. Die schon lange bekannten zentralen Vorstandsbeschlüsse der SED von 1948 und die Ausrufung einer kommunistischen ‚Partei neuen Typus‘ auf der 1. Parteikonferenz im Januar 1949 waren nach Malycha nur Endpunkte einer innerparteilichen Entwicklung, die in den Kreisen und Landesverbänden seit 1946 ihren Anfang genommen hatte.

Nachvollziehbar erscheinen weitere vom Vf. ausfindig gemachte Ursachen für den raschen Aufbau einer die Gesellschaft steuernden Staatspartei, so vor allem die Implementierung einer zentralen Planwirtschaft, die auf der Ebene der SBZ 1948 erste Konturen erhielt und die eine enorme Ausweitung der Parteiorganisation ‚verlangte‘. Im Grunde gilt diese Annahme aber auch für alle anderen Bereiche, gerade auch für den des Innern. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, den Malycha als zeitlichen Abschluß wählt, zeitigte seiner Auffassung nach einen „wirksamen Lernschock“ (S. 489), konnte doch die Führung um Ulbricht und Matern nun noch autoritärere Formen der innerparteilichen Kontrolle durchsetzen. Im ganzen gesehen hat der Vf. mit dem vorliegenden Band eine umfassende Gesamtdarstellung verfaßt, die aufgrund der präsentierten statistischen Auswertungen (so im Mitgliederbereich) und der namentlichen Auflistung selbst der Landesleitungen auch handbuchartigen Charakter trägt. Eine Auswertung russischer Quellen hätte freilich dazu beitragen können, den Einfluß einzelner Abteilungen der SMAD auf den Transformationsprozeß der Partei besonders in der Zeit von 1946 bis 1948 stärker herauszuarbeiten.

Um die Ausschaltung des sozialdemokratischen Elements geht es auch in Detlev Brunnens Studie über die Gründungsjahre des FDGB. Sie zeigt in sehr anschaulicher Weise das kommunistische Demokratieverständnis unmittelbar nach Kriegsende. Alles kommunistische Gerede von ‚Demokratie‘, das in der SBZ zu hören war, und schon den Aufruf der KPD vom Juni 1945 durchzogen hatte, stellte sich noch im Gründungsjahr der neuen Gewerkschaften als das dar, was es tatsächlich war: eine notdürftige Kosmetik, mit der die KPD die Durchsetzung ihres Herrschaftsanspruchs zu bemänteln suchte. Ausgangspunkt dafür war der Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945, der „antifaschistisch-demokratische“ Parteien und Gewerkschaften gestattete. Beide, Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch frühere christliche Gewerkschafter, gingen zu diesem Zeitpunkt von der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft aus, mit der die unerfreuliche Tradition der politischen Richtungsgewerkschaften vor 1933 beendet werden sollte. Während aber Sozial- und Christdemokraten noch in der Endphase des ‚Dritten Reiches‘ eine pluralistisch geprägte Einheitsgewerkschaft vorschwebte (Wilhelm Leuschner/Jakob Kaiser), orientierte die Führung der KPD in ihrem Moskauer Exil nur deshalb auf die „Parole der Einheitsgewerkschaft“, um ihre „angestrebte Führungsrolle durchzusetzen und jene Kräfte zu täuschen, auf deren Zusammenarbeit man vorerst noch angewiesen war“ (S. 37). Anders als auf zentraler Ebene in Berlin, wo es noch im Juni 1945 zur Bildung eines vorbereitenden Ausschusses unter aktiver Mitwirkung der KPD kam, lag in den Ländern und Kreisen der SBZ die Initiative zum Aufbau neuer Gewerkschaften in vielen Fällen bei den vormaligen Funktionären des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB), der dominierenden sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft der Weimarer Republik. Trotz ihres deutlichen Personalmangels und der marginalen Tradition vor 1933 gelang es jedoch der KPD sehr schnell, in den jeweiligen Gründungsgremien eine kommunistisch-sozialdemokratische Parität durchzusetzen. Nur in den Industriegewerkschaften vermochten die Kommunisten nicht sofort Fuß zu fassen.

In nur wenigen Wochen und Monaten sollte sich auch zeigen, daß KPD und SPD von völlig unterschiedlichen Vorstellungen von Gewerkschaftsarbeit ausgingen.

Während die Kommunisten noch im Moskauer Exil durch Hermann Matern klarstellten, das für sie Gewerkschaften eine „entscheidende Transmission der Partei in der Arbeiterklasse“ (S. 35) seien, betrachteten Sozialdemokraten dieselben traditionell als Interessenvertretung der Arbeitenden. Letztere konnten sich demzufolge auch wieder Unternehmerverbände als Tarifpartner vorstellen, die Kommunisten hingegen nicht. Diese sächsischen Diskussionen, die Brunner aufgrund seiner Berliner Quellenlage nicht einbeziehen konnte (er stützt sich bei den Landesentwicklungen auf Überlieferungen im SAPMO-Bundesarchiv), gaben mit den Ausschlag dafür, daß Matern im Frühjahr 1945 zum innerparteilichen Sturm auf die ‚reformistischen‘ Gewerkschaftsführer des ADGB blasen lies. Die sich hieran anschließenden ersten Säuberungen des jetzt „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) kann Brunner dabei ebenso akribisch herausarbeiten wie die Tatsache der manipulierten und gefälschten ersten Gewerkschaftswahlen vom Winter 1945/46. Sozialdemokratische Gewerkschafter wollten die Vertreter der KPD nur dann akzeptieren, wenn sie auf dem „Boden der Einheit der Arbeiterbewegung“ standen; „Feinde der Einheit“ wurden verdrängt oder aber mit direkter sowjetischer Hilfe ihres Amtes enthoben. Ein gutes Beispiel dafür war der Vorsitzende des FDGB-Kreisausschusses Leipzig, Erich Schilling (SPD), der nach jahrelanger Haft im KZ Buchenwald schon unter amerikanischer Besatzung mit dem gewerkschaftlichen Aufbau begonnen hatte. Seinen Sturz setzte die Leipziger KPD bereits im November 1945 mit direkter sowjetischer Hilfe durch. Mit den Gewerkschaftswahlen, die bis Anfang 1946 sämtliche Leitungen im FDGB demokratisch legitimieren sollten, vermochte die KPD, ihre Führungsrolle in allen wesentlichen Gremien durchzusetzen. Von versteckten über offene Manipulationen bis zur Ausschaltung von sozialdemokratischen Delegierten reichte dabei die Methodenvielfalt, mit der es den Kommunisten gelang, die Gewerkschaftswahlen auch zu einem ‚Motor‘ der Vereinigungskampagne gegen die SPD zu mißbrauchen. Beschwerden oder Anfechtungen seitens einzelner Gewerkschafter oder ganzer SPD-Landesverbände wurde zumeist von der sowjetischen Militäradministration eine Abfuhr erteilt (so z. B. in Sachsen!).

Nach dieser ersten Lektion in ‚Demokratie‘ konnte die Führung der KPD/SED, und hier speziell der auch für Gewerkschaftsfragen zuständige Walter Ulbricht, daran gehen, verbliebene ‚reformistische‘ Gewerkschaftsführer aus ihren Positionen zu verdrängen und die einzelnen Industriegewerkschaften kaderpolitisch zu erobern. Spricht Brunner davon, daß in den Jahren 1946/47 noch ein gewisser Handlungsspielraum für Sozialdemokraten verblieben war, markierte der Befehl Nr. 234 der SMAD vom Oktober 1947 dann einen ‚Wendepunkt‘ im Tätigkeitsprofil des FDGB. Betrachtete der FDGB bis dahin noch in der „schrittweisen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ seine wesentliche Aufgabe, rückte nun sein „Engagement für die Durchsetzung des Leistungsprinzips, für die Erhöhung der Arbeitsdisziplin und der Arbeitsproduktivität“ in den Mittelpunkt (S. 418). Die Bitterfelder Konferenz vom November 1948 bildete insofern eine deutliche Zäsur, als hier endgültig die „Erfüllung und Übererfüllung“ des Plans in den Vordergrund trat (S. 423) und jetzt auch die Unterordnung unter die Führungsrolle der SED ihren Niederschlag fand. Widerstand hiergegen wurde rücksichtslos gebrochen: Alte ADGB-Funktionäre, die nicht bereit waren ‚umzudenken‘, wurden verdrängt, abgeschoben oder auch verhaftet und das ‚Nurgewerkschaftertum‘ als ‚reformistisch‘ gebrandmarkt und bekämpft. Eines dieser Opfer war im September 1948 der sächsische FDGB-Landesvorsitzende Rudolf Eckert (SPD/SED), der nach heftigen Angriffen ‚freiwillig‘ zurücktrat. Andererseits, und das zeichnet Brunners biographisch fundierte Studie ebenfalls aus, geht er über so manche geistige Anpassungsleistung gestandener ADGB-Funktionäre nicht einfach hinweg. Als Beispiele beschreibt er ausführlich die innerverbandlichen Karrieren des

2. Bundesvorsitzenden Bernhard Göring (SPD/SED) und des 2. Berliner FDGB-Vorsitzenden Hermann Schlimme (SPD/SED), die seit 1947/48 das sowjetische ‚Vorbild‘ verinnerlicht hatten.

Stehen in den beiden beschriebenen Werken die physische Verdrängung und Ausschaltung sowie die geistige Liquidierung des ‚Sozialdemokratismus‘ zu Gunsten des Marxismus-Leninismus im Mittelpunkt, widmet sich Ralf Thomas Baus der Frühgeschichte der CDU und ihrer Gleichschaltung durch Kommunisten und sowjetische Besatzungsmacht. Baus' Arbeit setzt dabei die anspruchsvolle Reihe der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Geschichte der Ost-CDU in SBZ und DDR fort, die 1990 mit einer ersten Studie Michael Richters zur Parteientwicklung 1948 bis 1952 weithin Anerkennung fand. Der Vf. gliedert seine an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn angenommene Dissertation in drei Teile: In einem ersten behandelt er die Gründungsphase der CDU bis zur Absetzung der Führung um Andreas Hermes und Walther Schreiber, in einem zweiten den „Führungsanspruch der CDU“ und das Scheitern Jakob Kaisers „im Zeichen der Deutschlandpolitik“ und in einem dritten 1948 als „Jahr des Übergangs“. Neben den Ereignissen auf der zentralen Ebene richtet er sein Augenmerk besonders auf die sächsische Entwicklung, ohne dabei die anderen Landesverbände völlig an den Rand zu drängen.

Anhand der frühen Entwicklung dieser christlich geprägten Volkspartei zeichnet Baus ein souveränes Bild des von KPD/SED und Besatzungsmacht installierten politischen Systems. In seiner quellengesättigten Studie kennzeichnet er die von ihm beschriebene Frühzeit als „pseudodemokratische Entwicklungsphase“, in der „für eine freie Entwicklung politischer Parteien [...] kein Platz“ gewesen sei (S. 23 f.). Als Beleg zieht er zu Recht vor allem die Mitarbeit aller nichtkommunistischen Parteien in einem „Antifa-Block“ heran, der – als „Conditio sine qua non der parteipolitischen Betätigung“ – der KPD/SED zur Verhinderung einer „echten Opposition“ (S. 200 f.) diene. Daß die CDU als Union evangelischer und katholischer Christen von Anfang an der kommunistisch-sowjetischen Kuratel ausgeliefert war, arbeitet er anhand der detaillierten Beschreibung der Vorgänge um die Amtsenthebungen der ersten Führung unter Andreas Hermes und Walter Schreiber Ende 1945 und der zweiten Führung unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer Ende 1947 heraus. Baus weist zudem nach, daß die CDU sowohl in den einzelnen Landesregierungen wie auch in den Landtagen der SBZ keinerlei wirklichen Einfluß geltend machen konnte, um eigene Politikentwürfe durchzusetzen; die Beseitigung der Gewaltenteilung z. B. in der sächsischen Verfassung vom Februar 1947 gelang es auch ihr nicht abzuwehren.

Unter diesen Umständen muß die Frage erlaubt sein, inwieweit CDU und LDP in dieser Frühphase nur als Alibifaktoren erhalten mußten, um die schleichende Machtergreifung von KPD/SED besser kaschieren zu können. Eine Antwort gibt Baus selbst, in dem er den Führungswechsel hin zu den Gewerkschaftern Kaiser und Lemmer Anfang 1946 als einen „programmatischen Linksruck“ (S. 255) beschreibt, mit dem sich die neue Parteispitze wieder mehr Spielraum gegenüber der SMAD zu sichern versprach. Daß Kaiser mit der programmatischen Profilierung in Richtung eines ‚christlichen Sozialismus‘ (bzw. ‚Sozialismus aus christlicher Verantwortung‘) auch über die Dezember-Krise schneller hinwegkommen und der Partei ein unverwechselbares Profil verschaffen wollte, liegt auf der Hand. Doch muß Baus konstatieren, daß diese Rechnung vor allem bei den Herbstwahlen 1946 nicht aufging, als die CDU (die schweren Behinderungen durch die SMAD sind zu berücksichtigen!) hinter der marxistisch-sozialistischen SED und der wirtschaftsliberalen LDP ins Ziel kam. Als Kaiser seinen Mitwirkungskurs ab Mitte 1947 aufgab und in der Öffentlichkeit gegen die totalitären Tendenzen Stellung bezog, schaltete ihn die Besatzungsmacht wie seine

Vorgänger rücksichtslos aus. Hinzu trat das endgültige Scheitern der Verhandlungen der Alliierten über die Deutschland-Frage, was auch Kaisers außenpolitisches Konzept der deutschen ‚Brücke‘ zwischen Ost und West hinfällig machte. Trotz der Tatsache, daß die große Mehrheit des CDU-Hauptvorstandes ihrem Vorsitzenden ins ‚Exil‘ nach West-Berlin folgte, fand die Besatzungsmacht im sächsischen Landesvorsitzenden Hickmann, der sich bereits im Sommer 1946 ins „Schlepptau der SED-Volksentscheidungskampagne“ (S. 291) begeben hatte, und im Rußland-freundlichen Otto Nuschke erneut zwei Bündnispartner, mit denen sie wieder eine Wegstrecke marschieren konnte.

Sieht man einmal von Marginalien wie derjenigen ab, daß der Hochschulreferent der Leipziger CDU und Historiker Hermann Mau einmal namentlich und beruflich korrekt (S. 273) und ein zweites Mal fälschlich als sächsischer Studentenreferent „Hermann Rau“ (S. 423) erscheint, dann machen die Studie von Baus, aber auch die Arbeiten von Brunner und Malycha, eines deutlich: Eine „demokratische Vorgeschichte der DDR“ hat es nicht gegeben (Baus, S. 469). In der Frühphase der SBZ benötigten KPD/SED und Besatzungsmacht Sozial-, Christ- und Liberaldemokraten nur als Feigenblätter zur Errichtung einer neuen Diktatur – und zwar aus deutschlandpolitischen Rücksichtnahmen. Diese ‚simulierte Demokratie‘ fand denn auch schon Ausgang 1947 ihr Ende; auf der Strecke blieben Tausende Demokraten, für die das Wort Demokratie mehr bedeutete als eine bloße Worthülse zur Verschleierung diktatorischer Absichten oder auch für opportunistische Anpassungsbereitschaft. Insofern ist Baus zuzustimmen, wenn er in seinem Vorwort den Kampf um „Menschenwürde, Recht und Freiheit“ (S. 6) in der SBZ als Vorbild postuliert.

Dresden

Mike Schmeitzner

SVEN HEITKAMP, Walter Markov. Ein DDR-Historiker zwischen Parteidoktrin und Profession, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2003. – 250 S.

Der Skizze über den Leipziger Ordinarius für Allgemeine Geschichte der Neuzeit (1949–1974) liegt eine Magisterarbeit an der Hamburger Universität von 1999 zugrunde. Sven Heitkamp begrenzt den Untersuchungszeitraum bei 1958, da sich nach seinen Worten in den folgenden Jahren das seit dem Parteiausschluß Walter Markovs 1951 angespannte Verhältnis zur SED lockerte, dieser hohe Auszeichnungen erhielt und die DDR offiziell im Ausland vertrat. Es wäre hinzuzufügen, daß er mit der Präsidentschaft der deutsch-afrikanischen Gesellschaft (1961–1969) in eine höhere staatliche Funktion gelangte.

Die einleitend beschriebene Quellenlage und die Bemerkungen zum Forschungsstand lassen ein Problem unberücksichtigt. Heitkamp benutzte Akten des Leipziger Universitätsarchives, der Gauck-Behörde und den Bestand SED-Grundorganisation Historiker im Leipziger Staatsarchiv, vor allem aber Walter Markovs Gespräche mit Thomas Grimm (1989).¹ Bei der späten Veröffentlichung der Habilitations-Schrift des Historikers wurde deutlich, daß es Tagebuchaufzeichnungen gibt, die im Detail und die in der Prägnanz der Aussage wesentlich über die offenbar geglätteten Gespräche hinausgehen.² Waren sie nicht zugänglich? Zur frühen Tätigkeit Walter Markovs in

¹ WALTER MARKOV, *Zwiesprache mit dem Jahrhundert*, dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin/Weimar 1989.

² WALTER MARKOV, *Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse*, hrsg. von Fritz Klein und Irene Markov (Erinnerungen, Heft 24 und 25), Leipzig 1999, S. 311–334.

